



öffentlich

Betreff:

Kommunales Begrüßungsgeld für Studierende

Erstellungsdatum 15.05.2001

Eingang 02:

Einreicher: Fraktion PDS

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
09.05.2001	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, unter welchen Bedingungen ein einmaliges kommunales "Begrüßungsgeld" im Sinne einer Aufwandsentschädigung für Studierende möglich ist, die ihren Erstwohnsitz in Potsdam anmelden.

Unterschrift

Begründung siehe Anlage

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium: _____

Sitzung am: _____

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt			
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Seit dem laufenden Wintersemester gibt es u.a. in den Städten Dresden und Magdeburg ein einmaliges kommunales "Begrüßungsgeld" für Studierende, die ihren Erstwohnsitz in der jeweiligen Stadt neu anmelden. Damit sollen Studierende motiviert werden, ihren Studienort auch als Wohnort anzunehmen. Neben der Chance, diese Studierenden auch über das Studium hinaus an die Stadt zu binden, profitiert die Kommune durch höhere Schlüssenzuweisungen vom Land.